

Präsident Joe Biden gibt Teile der strategischen US-Ölreserven frei

Tropfen auf den heißen Stein

So würde Öl ins Klimafeuer gegossen, fürchten Klimaaktivisten angesichts des Teilverkaufs der strategischen US-Ölreserven durch Joe Biden. Doch handelt es sich eher um einen Tropfen auf den heißen Stein. Von den 50 Millionen Faß (Barrel/159 Liter), die auf mehrere Monate verteilt verkauft werden, waren 18 Millionen schon vom Kongreß freigegeben worden. Bei einem Tagesverbrauch von 20 Millionen Faß in den USA und 100 Millionen weltweit reicht dies nicht, die Benzinpreise nachhaltig zu beeinflussen. Denn die Probleme liegen tiefer. Die Kurse von Terminkontrakten (Futures) zeigen, wie eng der Ölmarkt ist.

Normalerweise kosten Futures für Öllieferungen in einem Jahr etwa einen Dollar mehr als die für baldige Lieferung, denn in dem Preisaufschlag werden die Lagerkosten eingerechnet. Nun ist es umgekehrt: Die sofortige Lieferung kostet drei bis fünf Dollar mehr als eine Lieferung Ende 2022. Wer mit der Abnahme bis 2025 warten kann, zahlte statt 75 nur 60 Dollar pro Faß. „Backwardation“ heißt dies im Finanzjargon. Mit dem Rückgang des Ölpreises Ende November schrumpfte die Preisdifferenz, liegt aber immer noch invers. Die Biden-Aktion hätte also durchaus das Potential, den Spritpreis zu senken und den Autofahrerzorn zu besänftigen. Doch dazu hätte das Öl schnell in den Markt gemußt, nicht über Monate verteilt. 4,4 Millionen Barrel pro Tag wären technisch machbar. Bis es dann durch die Produktionskette als Benzin in den Tank kommt, vergehen zwei Wochen. Um die Tankstellenpreise langfristig niedrig zu halten, müßte die Nachfrage stabil bleiben oder die Ölförderung steigen.

Beides ist derzeit nicht abzusehen. Auch wenn weitere Länder dem US-Beispiel folgen und Re-

serven freigeben, bleibt die Wirkung begrenzt und kurzfristig. Damit ein niedrigerer Rohölpreis beim Verbraucher ankommt, müssen außerdem Angebot und Nachfrage nach Benzin und Diesel in Balance zueinander stehen. US-Verbraucher kauften in diesem Jahr Hunderttausende SUVs mehr als 2020. Raffinerien standen zeitweise wetterbedingt still. Hohe Nachfrage bei begrenzter Produktionskapazität gibt es auch bei Benzin. Wer Benzin erst im Dezember 2022 braucht, bekommt es trotz einem Jahr Lagerkosten zehn Prozent billiger. Für einen niedrigen Rohölpreis müßten Förderkapazitäten erhöht werden. Doch die Organisation erdölexportierender Länder plus Rußland, Kasachstan und Mexiko (OPEC+) hat klargestellt, Öl nicht billiger zu verkaufen (JF 45/21).

Auf Bidens Freigabe reagierte OPEC+ mit der Warnung, Förderquoten zu reduzieren. Sollte es erneut zu Corona-Lockdowns kommen, dürfte OPEC+ im Gegensatz zu 2020 das Angebot verknappen. Denn das Ziel, mit niedrigen Preisen die US-Frackingbranche in die Schranken zu weisen, hat OPEC schon 2020 erreicht. Jetzt geht es um Gewinnmaximierung. Waren Fördermengen meist ein Streitpunkt unter den OPEC-Staaten, scheint derzeit Einigkeit zu herrschen. Die Fronten haben sich vom

Geschwisterzwist zur Konfrontation mit den Verbraucherländern verlagert. Die Reserven müssen irgendwann wieder aufgefüllt werden. Biden könnte die „Backwardation“ ausnutzen und das Öl, das er jetzt teuer verkauft, mit längerfristigen Futures „zurückkaufen“ und so US-Lager weit billiger wieder auffüllen. Die Bundesregierung könnte mit ihrer Corona-Krisen-Beteiligung an der Lufthansa sogar eine Milliarde Euro verdienen – wenn das große Aktienpaket langsam und geschickt plaziert wird.



von
Thomas Kirchner

„Um die Ölpreise niedrig zu halten, müßte die Nachfrage stabil bleiben oder die Förderung steigen.“

EZB-Mitarbeiter fordern automatischen Inflationsausgleich

Ungeschützt in Frankfurt

Von Dirk Meyer

Die Mitarbeiter der Europäischen Zentralbank (EZB) scheinen hinsichtlich der Inflationserwartungen pessimistischer zu sein als ihre Chefin Christine Lagarde. So schütze die von der EZB angebotene Gehaltserhöhung von 1,3 Prozent „unsere Gehälter nicht mehr vor der Inflation“, findet die zuständige Fachgewerkschaft IPSO. Sie plädiert stattdessen für eine Indexierung, bei der die Löhne automatisch an die Inflationsrate angepaßt werden. Ein Problem entsteht hierbei in der freien Wirtschaft, wenn die tatsächliche Inflationsrate niedriger als erwartet ausfallen sollte. Die Arbeitgeber müßten dann höhere Reallöhne zahlen als ursprünglich geplant.

Dies führt zu Arbeitslosigkeit, wenn dies nicht ein unerwartet hoher Produktivitätsanstieg ausgleicht. Deshalb ströbt diese Methode häufig auf Ablehnung, insbesondere bei Notenbanken, die sich in ihrer Geldpolitik eingeschränkt sehen. Entsprechendes äußerte Lagarde kürzlich bei einer Anhörung des EU-Parlaments. Hinzu kommt, daß die bisher übliche EZB-Gehaltsanpassung sich nur an anderen EU-Institutionen orientiert. Ein EZB-Sprecher begründet diese Methode damit, daß sie „eine

enge Verbindung zu den Gehaltsentwicklungen der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, insbesondere derjenigen innerhalb des Euroraums, ermöglicht“. Dies benachteiligt die im teuren Frankfurt beschäftigten Notenbankler derzeit aber merklich. Während die Inflation in der Eurozone im Oktober 2021 auf Jahresbasis 4,1 Prozent betrug, lag sie in Deutschland im November bei 5,2 Prozent – nach EU-Berechnung (HVPI) waren es sogar 6,0 Prozent.

Schlechter trifft es allerdings die Beschäftigten der Bundesbank. Aufgrund des deutschen Beamtenrechts liegen ihre Gehälter für vergleichbare Tätigkeiten um etwa die Hälfte niedriger. Hinzu kommt das Steuerprivileg für EZB-Bedienstete, die etwa 25 Prozent weniger Einkommensteuer zahlen. Steuerbefreite Zuschläge, Sonderregeln der sozialen Sicherung, pro Kind ein Zuschlag von monatlich 352 Euro und weitere nicht-geldliche Vorteile wie der Zugang zur Europa-Schule in Frankfurt inklusive Übernahme der Schulgebühren kommen hinzu. Europa sorgt für sich vor.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Neue Gasempfangsstation der Ostseepipeline Nord Stream 2: Die Ampelkoalition will mehr moderne Gaskraftwerke errichten lassen

„Völlig inakzeptabler Zustand“

Energiepolitik: Deutschland steht mit seinem Doppelausstieg aus Kohle und Kernkraft allein da

ALBRECHT ROTHACHER / JÖRG FISCHER

Die künftige Bundesregierung verspricht den massiven Ausbau von Wind- und Solarenergie und „die Errichtung moderner Gaskraftwerke“. Der „beschleunigte Ausstieg aus der Kohleverstromung“ solle „idealerweise“ bis 2030 erfolgen. Und „am deutschen Atomausstieg halten wir fest“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP. Gleichzeitig bekennen sich die Ampel-Partner „zu einer weiteren Integration des europäischen Energiebinnenmarktes“. In Brüssel oder Paris wird über solche Naivität aber nur der Kopf geschüttelt. „Wir müssen die Kapazität der Stromproduktion in Europa innerhalb der nächsten 30 Jahre verdoppeln“, warnte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton im *Handelsblatt*. Zwar sei es besser, Strom mit Gas als mit Kohle zu erzeugen, aber eine stabile Stromversorgung ohne Atomkraft zu sichern sei „unmöglich“, so der Elektroingenieur. „Ich glaube, jeder versteht das“, denn 26 Prozent der EU-Energieversorgung „werden von Nuklearreaktoren gedeckt. Es ist schlicht nicht machbar, unsere Stromkapazitäten ohne Kernkraft zu verdoppeln“, so der frühere France-Télécom-Chef und ehemalige Wirtschaftsminister.

Der aktuelle Pariser Ressortchef Bruno Le Maire wurde noch deutlicher: „Wir haben über Jahrzehnte in die Kernenergie investiert. Das ist ein Teil der französischen Identität.“ Und im April sind Präsidentschaftswahlen. Emmanuel Macron will daher eine glorreiche französische EU-Präsidentschaft im kommenden Halbjahr – und keine Energiekrise. Dazu braucht es die Atomenergie. 71 Prozent des französischen Stroms werden atomar erzeugt. Das 1996 in Betrieb gegangene AKW Chooz B an der Grenze zu Belgien – nur 115 Kilometer von Aachen entfernt – ist mit seinen zwei Druckwasserreaktoren (DWR) und einer Gesamtleistung von 3.120 MW das größte der EU.

80 Prozent des Konzerns Électricité de France (EDF) sind in Staatsbesitz. 56 AKWs laufen, ihre Betriebsdauer wurde um zehn Jahre verlängert. Trotz etlicher Baupannen sollen sechs DWR neu gebaut

werden. In Macrons „Plan France 2030“ sind zudem Mini-AKW's (Small Modular Reactor/SMR) vorgesehen. Amtskollege Joe Biden reagierte darauf mit der Ankündigung, die Firma NuScale Power aus Oregon werde in Rumänien den ersten amerikanischen SMR in der EU bauen und so 3.700 Arbeitsplätze in beiden Ländern schaffen.

Vielleicht ist aber die estnische Fermi Energia schneller, die mit Fortum (Finnland) und Tractebel (Belgien) den ersten SMR im Baltikum bauen will. Estland hat zwar enorme Ölschieferlagerstätten, doch die Ölverstromung gilt als Klimasünde. Zudem soll der Stromverbund BRELL (Belarus, Rußland, Estland, Lettland, Litauen) bis 2025 aufgelöst werden. Frankreich hat im Oktober zusammen mit neun EU-Ländern (Bulgarien, Kroatien, Finnland, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechi und Ungarn) eine Initiative gestartet, Kernkraft als „nachhaltige Investition“ anzuerkennen und in die „EU-Klimataxonomie“ aufzunehmen. Auch die Niederlande und Schweden unterstützen dies.

Es drohen eine riesige Stromlücke und regionale Abschaltungen

Wie wird die EU nun entscheiden? Kommissar Ursula von der Leyen ist Paris-hörig (JF 45/21). Der Begriff „Taxonomie“ kommt im Ampel-Koalitionsvertrag nicht vor – dafür mehrfach die „Errichtung moderner Gaskraftwerke“. Auch die meisten Ostländer sowie Malta und die potentiellen Erdgasförderländer Griechenland und Zypern präferieren Gas als Kohle-Alternative. Daher wird Atomenergie wohl Teil der EU-Klimataxonomie und Erdgas als „Übergangstechnologie“ ebenso. Sprich: Deutsche EU-Beiträge finanzieren dann indirekt anderswo AKWs. Nur wo das viele Erdgas zu bezahlbaren Preisen herkommen soll, ist aber unklar.

Die Lieferungen aus Norwegen sind begrenzt, die Niederlande wollen die Förderung im Gasgroßfeld Groningen beenden, Großbritannien exportiert weniger – doch nicht nur das treibt den Erdgaspreis. Für das teure Flüssiggas (LNG) aus arabischen Staaten fehlen LNG-Terminals und Transportschiffe. Das angeblich verfügbare LNG aus den USA wird lieber ans kaufkräftige Ostasien geliefert. Die sechs

Mittelmeerpipelines aus Nordafrika reichen nur zur Versorgung Italiens, Spaniens und Portugals. Die im September fertiggestellte Ostseepipeline Nord Stream 2, die mehr Erdgas aus Rußland ins europäische Netz einspeisen soll, ist weiterhin blockiert.

Die Bundesnetzagentur zögert mit der Zertifizierung. SPD, Union, AfD und Linke sind für die Inbetriebnahme, Grüne und FDP dagegen – vor allem aus geostategischen Gründen. Ähnlich argumentieren mit Blick auf Wladimir Putin auch Polen oder die baltischen Staaten. Auf Drängen von Republikanern im US-Senat sollen nun weitere Sanktionen gegen Personen, Firmen und Schiffe verhängt werden, die mit Erdgasleitung in Zusammenhang stehen. Dabei hatten Berlin und Washington im Juli ein Arrangement verkündet: Hilfe für die Ukraine, aber keine US-Totalblockade mehr.

Der Winter naht, drei deutsche AKWs gehen zum Jahresende vom Netz (JF 47/21). „In der vorletzten Woche hatte Deutschland beispielsweise 27 Prozent erneuerbaren Strom im Netz und 72 Prozent konventionell erzeugten. Selbst wenn in unserem Land dreimal mehr Windkraft installiert wäre, wüßte ich nicht, wie wir in einer solchen Woche ohne Kohle, Kernenergie und Erdgas auskommen würden“, warnte Leonhard Birnbaum, Chef des Essener Energiekonzerns Eon, vorige Woche im *Handelsblatt*. „Wir brauchen nicht nur im Durchschnitt eines Jahres genug Strom, sondern an jedem einzelnen Tag“, so der 54jährige Chemieingenieur.

Es drohe eine gigantische Stromlücke, denn hinzu komme eine „stark wachsende Nachfrage aus der Industrie, zum Beispiel durch Batterie- oder Chipfabriken und Rechenzentren“. Zu Gaskraftwerken sieht Birnbaum daher „kurzfristig keine Alternative“. Mit einem Blackout rechnet Eon, das die vom Netz gehenden AKW Brokdorf und Grohnde betreibt, aber nicht.

Sollte es zu wenig Strom geben, würden Verbraucher eben zeitweise vom Netz getrennt – „Lastmanagement“ nennt das die Ampelkoalition: „Bevor die Lichter überall ausgehen, schalten wir sie nur in einer Stadt aus. Das wäre natürlich auch ein völlig inakzeptabler Zustand, aber beherrschbar“, glaubt der Eon-Chef. Und auch mit Blick auf die gestiegenen Energiepreise wäre es daher „gut, wenn der Winter warm wird“.

Der neue Kanzler! Was bringt / nimmt er uns?

Als Finanzminister ließ uns Olaf Scholz wissen, daß er sein Geld auf dem Sparbuch oder auf dem Girokonto läßt. Uns überzeugt das nicht. Lesen Sie unsere Einschätzungen im neuen JF-Magazin Finanzen über Inflation, Enteignung, Bargeld- und Erbbesteuerung.

Mit Beiträgen von Prof. Dirk Meyer, Prof. Joachim Starbatty, Prof. Ulrich van Suntum, im Interview der Börsenprofi und Youtube-Star Dr. Andreas Beck u.a.

Sonderdruck



Best.-Nr. 95401
1,50 Euro

Bestellen Sie online
www.jf-buchdienst.de

oder telefonisch
☎ 030 / 86 49 53 - 25

JF Buchdienst